



seit 1558

Friedrich-Schiller-Universität Jena

StuRa

Papier für offenen Bildungszugang und Mitbestimmung

1. Ein gebührenfreies Studium

Die Vollversammlung der Studierendenschaft der Friedrich – Schiller - Universität Jena lehnt Gebühren für das Studium ab. Die Studierenden der FSU fordern den Ministerpräsidenten auf, von seiner Äußerung allgemeine Studiengebühren seien ab 2009 unvermeidlich, Abstand zu nehmen. Allgemeine Studiengebühren benachteiligen sozial und finanziell schlechter Gestellte und halten diese von einem Hochschulstudium ab. Es gibt keine sozial gerechten Studiengebühren. Auch wenn die Politik das gegen besseres Wissen behauptet - Kreditprogramme und Stipendiensysteme lösen dieses Problem nicht. Kreditprogramme führen zur massiven Verschuldung einkommensschwacher Studierender und bedrohen damit deren Existenzgründung; die wenigen Stipendiensysteme die es gibt spiegeln nur das vorherrschende Bildungssystem wieder. Allgemeine Studiengebühren würden darüber hinaus die Studierendenschaft spalten. Es würde ein scharfer sozialer Konflikt zwischen Studierenden, die Studiengebühren mit geringem Aufwand tragen könnten und Studierenden die Gebühren nur durch Erwerbstätigkeit oder durch Kreditaufnahme tragen könnten, entstehen. Die von der OECD nachgewiesene soziale Selektion im deutschen Bildungssystem würde durch allgemeine Studiengebühren weiter verstärkt werden. **Deswegen lehnt die Studierendenschaft der FSU allgemeine Studiengebühren aus sozial- und gesellschaftspolitischen Gründen ab.**

2. Einen sozial gerechter Semesterbeitrag

Die Vollversammlung der Studierendenschaft lehnt eine Verwaltungsgebühr und weitere Gebühren für den Hochschulzugang ab. Diese würden den Semesterbeitrag zusätzlich erhöhen. Er würde innerhalb kürzester Zeit auf 150 – 200 Euro hinauslaufen. Damit würde schon vor einer möglichen Einführung von allgemeinen Studiengebühren eine zusätzliche soziale Schranke eingeführt werden. Die Studierendenschaft der FSU Jena fordert einen offenen Bildungszugang für Studienbewerber und Studierende aus allen sozialen Schichten. Eine Verwaltungsgebühr ist nichts anderes als eine Studiengebühr. **Die Vollversammlung der Studierendenschaft der FSU fordert die Landesregierung auf, den Plan zur Einführung einer Verwaltungsgebühr und zusätzlicher Gebühren ab 2007 zurückzunehmen.**

3. Mitbestimmung durch Studierende

Die Vollversammlung der Studierendenschaft fordert den Ausbau von Mitbestimmungsrechten für Studierende. Die Pläne der Landesregierung sehen vor durch ein neues Hochschulgesetz das Konzil abzuschaffen. Der Senat wird entmachtet. Die Pläne greifen den ansatzweisen demokratischen Aufbau der Hochschule, sowie das Recht studentischer Mitsprache an. Dementsprechend weisen die Studierenden der FSU den geplanten Machtzuwachs des Rektorats (Präsidium) und die Einrichtung eines Hochschulrats zurück. Die von der Landesregierung angestrebte Hochschulautonomie wird hierdurch nicht ermöglicht. Stattdessen setzt ein durch vorwiegend Hochschulexterne, von der Regierung berufener Hochschulrat die Universität einer weiteren Fremdsteuerung aus. Forschung und Lehre an der Universität bedürfen der breiten Beteiligung durch Professoren, Dozenten, Doktoren, Mitarbeiter und Studierende. Wissenschaft hängt von der Beteiligung aller mitwirkenden Gruppen ab. Die Studierenden der FSU fordern die Landesregierung auf, diesen demokratischen Grundsatz nicht anzutasten. **Als unmittelbar Betroffene von Lehre und Forschung haben Studierende ein Recht auf Beteiligung an universitären Entscheidungsprozessen.**

Die Studierendenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena